

#### **4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2024 und 2025**

FIKO Finanzkommission

Vorlage 5931a

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Präsident der Finanzkommission (FIKO):* Wie bereits eingangs erwähnt, unterstützt beim Steuerfuss eine Mehrheit der Finanzkommission die regierungsrätliche Vorlage und beantragt dem Kantonsrat, den Steuerfuss für die Jahre 2024 und 2025 um einen Prozentpunkt zu senken und bei 98 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Eine Minderheit will den Steuerfuss bei 99 Prozent belassen, und eine weitere Minderheit will weiter gehen als der Regierungsrat und beantragt eine Senkung auf 97 Prozent.

Ursprünglich stellte der Regierungsrat für 2024 eine Steuerfuss-Senkung um zwei Prozentpunkte in Aussicht. Angesichts des strukturellen Defizits in den Planjahren des KEF mit einem tiefen Selbstfinanzierungsgrad des Kantons und gleichzeitig grossen Investitionsvorhaben hat der Regierungsrat und mit ihm nun die Kommissionsmehrheit für die Jahre 2024 und 2025 eine Senkung um lediglich einen Prozentpunkt auf 98 Prozent vorgenommen.

***Minderheitsantrag Karl Heinz Meyer, Beat Habegger, Martin Huber, Elisabeth Pflugshaupt, Tobias Weidmann:***

*I. Der Steuerfuss für die Jahre 2024 und 2025 wird auf 97 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.*

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach):* Gestern hat uns Manuel Sahli quasi als Bonzen-Partei bezeichnet. Ich möchte ihm drei Sachen mitgeben: Ich weiss nicht, als Sozialist, Kommunist oder Anarchist würde es mich beelenden, wenn eine Bonzen-Partei quasi 25,30 Prozent Wähleranteil erreichen würde. Zweitens, solche Plattitüden sind für eine konstruktive Debatte nicht sehr konstruktiv. Und drittens, Neid ist einer der dümmsten Sünden, hat man doch nie Freude damit. Ich jedenfalls freue mich über alle Gutverdienenden und alle Vermögenden, die bei uns im Kanton Zürich Steuern bezahlen und damit die Allgemeinheit mitfinanzieren. Noch mehr würde ich mich allerdings freuen, wenn noch mehr Zuzüger in den Kanton ziehen würden, die die Allgemeinheit finanzieren.

Dank guten Steuererträgen konnten die hohen Mehrausgaben in den vergangenen Jahren kompensiert werden und zusätzlich Schulden des Kantons wesentlich reduziert werden. Unser Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) hat es schon mehrmals gesagt, wir haben nicht ein Problem mit tiefen oder mittleren Einkommen; wir haben ein Problem bei den oberen Einkommen. Er hat das sehr gut gesagt: 25 Prozent der Bestverdienenden finanzieren 60 Prozent des Steueraufkommens in unserem Kanton. Alle Experimente, bei denen man die Spitzensteuersätze ausgereizt hat, sind gescheitert. Stimmen Sie dem Antrag um zwei Prozent Steuerreduktion zu. Danke.

***Minderheitsantrag Tobias Langenegger, Selma L'Orange Seigo und Hannah Pfalzgraf:***

*I. Der Steuerfuss für die Jahre 2024 und 2025 wird auf 99 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.*

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Nun kommen wir meiner Meinung nach zum eigentlich einzigen relevanten Punkt dieser Budget-Debatte. Weshalb? Vor gut drei Wochen erreichte die meisten von Ihnen ein Mail von Avenir Suisse mit dem Titel «Budgetierung ausser Rand und Band». Die These der Avenir Suisse (*Schweizer Thinktank*) ist, die Kantone rechnen sich notorisch schlecht, anstatt die Steuern zu senken. Natürlich habe ich das Mail sofort an Hannah Pfalzgraf weitergeleitet mit dem Kommentar: Schau, die Avenir Suisse übernimmt unsere Argumentation, weil, das Schlechtrechnen ist genau das, was die SP seit zirka fünf Jahre in jeder Medienmitteilung zur Rechnung geschrieben hat.

Es gibt einen Grund, weshalb die linken Parteien die progressiven Parteien sind, weil sie am Nerv der Zeit politisieren. Und die Zeit hat sich massiv verändert. Avenir Suisse schläft mal wieder brutal. Denn im Zwischenbericht zur Rechnung 2023 rechnet der Regierungsrat erstmals seit einer Ewigkeit mit einem Defizit und das in der Höhe von 470 Millionen Franken. Was das bedeutet, wissen Sie genau. Mit der Rechnung 2023 wird das Jahr 2020 mit einem Plus von 425 Millionen Franken wegfallen; das Jahr 2023 wird sich voraussichtlich um über 150 Millionen Franken verschlechtern und somit total ein Loch von über 575 Millionen Franken im mittelfristigen Ausgleich aufreissen. Ihr Steuerfuss-Antrag verursacht 280 Millionen Franken davon. Was Sie hier machen, ist schlicht ein finanzpolitischer Blödsinn. Sie fahren die kantonalen Finanzen sehenden Auges an die Wand. Während Pauschalkürzungen irgendwelches Wunschdenken sind, handelt es sich hier bei unserem Antrag um eine wirkliche Verbesserung des Budgets. Deshalb kommen Sie zur Raison, gaukeln Sie der Bevölkerung nicht länger etwas vor, lehnen Sie jegliche Steuerfuss-Senkungen ab und unterstützen Sie unseren Antrag. Besten Dank.

*Martin Huber (FDP, Neftenbach):* Wir begrüssen es, dass der Regierungsrat für die nächsten zwei Jahre die Bürgerinnen und Bürger moderat um 1 Prozent entlasten will. Mit dieser Senkung steigen wir zwar nicht zum Steuerparadies auf, aber lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wir von der FDP wollen etwas mutiger sein und halten an der Forderung zur Senkung des Steuerfusses von 2 Prozent fest.

Der Regierungsrat hat im Frühling 2022 eine Senkung von 2 Prozent versprochen. Wir nehmen ihn beim Wort. Da der Regierungsrat gerne etwas zu pessimistisch budgetiert, ist eine höhere Entlastung angezeigt. Eine 2-Prozent-Steuersenkung ist nicht gleichzusetzen mit 2 Prozent weniger Einnahmen. Wenn ein paar Wegzüge verhindert werden, wird vielleicht sogar das Budget besser ausfallen. Der Mehrheitsantrag wird bei 1 Prozent Steuersenkung liegen. Wenn wir diesen Pfad weitere zehn Jahre verfolgen, werden die Bürgerinnen und Bürger die Entlastung wirklich spüren. Unser Ziel wird einfach später erreicht. Steter Tropfen höhlt den

Stein. Bitte unterstützen Sie die Steuerfuss-Senkung um 2 Prozent. Die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen werden es Ihnen danken.

*Ronald Alder (GLP, Ottenbach):* Die Finanzsituation des Kantons Zürich ist stabil. Der Staatshaushalt wird von der internationalen Rating-Agentur Standard & Poor's unverändert mit der Bestnote Triple A bewertet. Dem Kanton Zürich geht es gut. Die wichtigen Aufgaben im Dienst der Zürcher Bevölkerung können bezahlt werden. Die Investitionen in die für die Grünliberalen wichtigen Bereiche wie Klimaschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf können finanziert werden.

Damit die Finanzierung auch in Zukunft gesichert ist, muss die Ausgabendisziplin erhöht werden. Insbesondere das Personalwachstum in der Kernverwaltung muss hinterfragt werden. Die Bürokratie darf nicht weiter zunehmen. All diese Leistungen können finanziert werden, weil die Einnahmen des Kantons stabil und gar wachsend sind, dank den Steuereinnahmen.

Wir Grünliberalen stehen für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen ein. Neben der ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist uns auch die finanzielle Nachhaltigkeit wichtig. Finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet, dass der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv und das Steuersubstrat erhalten bleibt. Wie wir wissen, verliert der Kanton Zürich aktuell mehr Unternehmen, als er gewinnen kann. Hier ist also dringender Handlungsbedarf durch die Zürcher Regierung gefragt. Noch wichtiger ist jedoch der Erhalt der Steuereinnahmen der natürlichen Personen, denn sie bezahlen 80 Prozent der kantonalen Steuererträge, also fünf Milliarden Franken; 25 Prozent davon bezahlen 80 Prozent der Steuereinnahmen oder 3 Prozent bezahlen einen Drittel der Steuereinnahmen, also 1,7 Milliarden Franken.

Darum ist es für uns Grünliberalen essentiell, dass die Steuerzahlenden im Kanton Zürich wohnhaft bleiben. So können die wichtigen Staatsaufgaben finanziert und die Investitionen in der Zukunft gesichert werden. So geht umfassende Nachhaltigkeit. Die Grünliberalen stimmen dem Steuerfuss von 98 Prozent zu.

*Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich):* Wir Grünen beantragen Ihnen zusammen mit der SP eine Budget-Verbesserung von 70 Millionen Franken. Um so viel wäre nämlich der Saldo höher, wenn wir den Steuerfuss auf 99 Prozent belassen.

In den vergangenen Jahren war es so, dass die Rechnung jeweils im dreistelligen Millionenbereich besser abschloss als das Budget. Diese Zeiten sind vorbei. Der Zwischenbericht für das laufende Jahr rechnet mit einem Minus von 470 Millionen Franken. Auch für die kommenden Jahre sind Defizite in dreistelliger Millionenhöhe budgetiert. Unter diesen Umständen halten wir Grünen es für nicht verantwortbar, die Einnahmen dauerhaft zu senken.

Dass mit einer Steuersenkung der Mittelstand entlastet wird, ist ein Märchen. Man muss es immer wieder wiederholen: Bei einem Medianeinkommen liegt die jährliche Steuerersparnis für 1 Prozent Steuersenkung bei ungefähr 17 Franken. Das ist nicht einmal spürbar. Steuersenkungen bringen immer nur den oberen Einkommen etwas. Der Finanzdirektor meinte gestern, man müsse auch einmal zu den

guten Steuerzahlern schauen. Mit anderen Worten, helfen Sie doch jetzt einmal den armen Reichen. Für die wird steuerlich aber schon einiges getan. Es gab in den letzten Jahren immer wieder Steuersenkungen. Sie können das nachlesen in der Anfrage Feldmann (*KR-Nr. 49/2021 von Stefan Feldmann*), die entsprechende Tabelle ist fünf Seiten lang. Umgekehrt die Frage: Welche Steuern wurden erhöht, welche Steuern wurden eingeführt? Keine einzige seit 1998. Der Mittelstand profitiert von einem starken Service Public, profitiert von einem Kanton, in dem es bezahlbare Kinderkrippen und ein gut funktionierendes Gesundheitswesen gibt. Von einem Kanton, in dem man mit dem ÖV oder Velo praktisch und sicher unterwegs sein kann. Das sind echte Standortvorteile. Wir Grünen möchten diese nicht gefährden, indem wir dem Kanton die Einnahmen kürzen, obwohl in den nächsten Jahren rote Zahlen geschrieben werden. Die Grünen lehnen beide Anträge auf Steuersenkung entschieden ab. Aus diesem Grund werden wir auch das Budget ablehnen, denn der Antrag des Regierungsrates hat voraussichtlich eine Mehrheit.

*Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil):* Auch diese Budget-Debatte lässt sich im Wesentlichen mit drei Haupterkennnissen zusammenfassen: Erstens, der Kanton Zürich befindet sich in einer finanziell soliden Lage mit einer moderaten Verschuldung. Dies wird auch von externen Agenturen mit einem Triple A-Rating gewürdigt. Zweitens, die Ertragsaussichten für den Kanton Zürich sind aufgrund der robusten Verfassung der Wirtschaft intakt und zeigen steigende Tendenz. Dies ist erfreulicherweise bereits in den zukünftigen Steuererträgen im KEF abgebildet. Drittens, die im ursprünglichen Budget vorgesehene SNB-Ausschüttung (*Schweizerische Nationalbank*), die jedoch kaum eintreffen dürfte, wurde mit einem Pauschalantrag zur Begrenzung des Ausgabenwachstums kompensiert. Auf dieser Ausgangslage ist es folgerichtig, nun auch den Steuerfuss, wie vom Regierungsrat beantragt, anzupassen. Da unsere Nachbarkantone den finanziellen Spielraum nutzen, der sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bietet, soll der Kanton Zürich nicht abseitsstehen. Neben zahlreichen wichtigen Standortfaktoren in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur ist auch die Besteuerung ein Aspekt, der über einen Zuzug oder eben Wegzug entscheidet. Die Mitte-Fraktion steht für eine stabile und verlässliche Finanzpolitik. Der Haushalt soll so ausgestaltet und ausgestattet werden, dass die Leistungen verlässlich erbracht werden können und der mittelfristige Ausgleich eingehalten wird. Das kann mit der Senkung des Steuerfusses um 1 Prozent, wie vom Finanzdirektor beantragt, erreicht werden. Die Mitte-Fraktion erteilt den Schwarzmalern von links und rechts eine Absage und stimmt dem Antrag der FIKO zu.

*Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen):* Wenn Sie Steuern zahlen, dann sollte es nicht wie beim Metzger sein: «Darf's ä chli meh si?» Im Gegenteil: «Äs darf ä chli weniger si.» Es ist mir bewusst, dass das Bild des Metzgers etwas heikel ist, wenn wir über Steuern sprechen. Wer ist der Metzger und wer sind die Kühe? Wenn man die Debatte hört, dann hat man das Gefühl, dass die bürgerliche Seite zahlt und die linke Seite ausgibt. Ich denke, wenn es um Steuern

geht, spielt es keine Rolle, ob wir rechts oder links stehen, weil, wir haben alle ein Interesse daran, tiefe Steuern für gute Leistungen zu bezahlen. Wir haben auch gehört, dass es einige gibt, die sehr viel bezahlen. Das sind also die guten Kühe im Stall. Die würde ich persönlich nicht metzgen, höchstens allenfalls gut melken, aber sicher nicht metzgen. 97 Prozent der Zürcher und Zürcherinnen sind happy in ihrer Gemeinde und loben die guten Verkehrsanbindungen, die Natur und die Sicherheit und sagen, Steuern seien für sie nicht so wichtig. Heisst das, tiefe Steuern sind unwichtig? Nein, es ist wie bei den Schulen: Sind Schulen wichtig, die gut sind? Klar sind sie wichtig, wenn Sie Kinder haben; sie sind weniger wichtig, wenn Sie keine haben. So ist es mit den Steuern auch. Wenn Sie ganz wenig verdienen, zählt jeder Franken; auch 17 Franken sind dann viel. Es gibt einige, die darauf angewiesen sind. Die können nicht nach Zug ziehen. Es gibt aber auch die anderen, die sind von der Zuger Kirschtorte versucht. Und die gehen. Das kann ich Ihnen sagen. Da dienen Sie niemandem. Also, ich bitte Sie, metzgen Sie die besten Kühe nicht und tragen Sie Sorge zu den Ärmsten. Deshalb werden wir den Antrag der Regierung von 98 Prozent als EVP gerne unterstützen.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Fehlende jährliche Steuereinnahmen von 75 beziehungsweise 150 Millionen Franken sind Pipifax angesichts eines Budgets von 19 Milliarden Franken – könnte man sagen. Doch, es ist nicht Pipifax, denn das Parlament hat Ja gesagt zu einer gerechteren Finanzierung der Kinderbetreuungskosten, die uns mindestens 100 Millionen Franken kosten wird. Das steigende Bevölkerungswachstum hat steigende Kosten im Bildungs- und Gesundheitsbereich zur Folge, weil es mehr Personal braucht. Ein Abbau im Bildungsbereich kommt für die Alternative Liste überhaupt nicht in Frage. Und weil wir noch mehr unternehmen müssen, um klimaneutral zu werden, müssen wir den ÖV verbilligen, um mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen. Das sind nur drei konkrete Beispiele, warum für die Alternative Liste eine Steuerfuss-Senkung nicht in Frage kommt. Wir unterstützen den Minderheitsantrag der SP und Grünen.

Noch ein kritisches Wort zu Finanzdirektor Ernst Stocker: Ich schätze seine ruhige Politik mehrheitlich. Gestern hat mich aber eine Aussage von ihm erzürnt. Es ist zwar ein Fakt, dass ein Viertel der Gutverdienenden für 80 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen der natürlichen Personen aufkommt. Dass man ihnen deshalb etwas in Form einer Steuersenkung zurückgeben muss, kann ich aber nicht nachvollziehen, weil gemäss Bundesverfassung alle Steuerzahlenden gleich wertvoll sind, da wir das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kennen, das heisst, alle bezahlen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wer nicht mehr Steuern bezahlen kann, ist nicht weniger wert als jemand, der viel Steuern bezahlt. Wir sollten also gute Steuerzahlende nicht gegen weniger gute ausspielen. Das ist einfach nicht opportun in einer Zeit, in der Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, mit steigenden Kopfprämien für die Krankenkassen, mit steigenden Energiekosten und mit steigenden Mietzinsen stark gebeutelt werden.

*Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich):* Die Gestaltung der Zukunft spielt für die Regierung und die Mitte-Rechts-Parteien inklusive der GLP anscheinend eine eher untergeordnete Rolle. Lieber senken sie den Steuerfuss, obwohl ein Defizit droht und die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen kaum davon profitieren werden.

Für eine lebenswerte Zukunft braucht es Investitionen in den Klimaschutz, in die Biodiversität, aber auch für bezahlbaren Wohnraum und das Gesundheitswesen. Die Dekarbonisierung des Verkehrs, der Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch die digitale Transformation sind dringend zu realisierende Ziele. Diese sind nicht gratis. Dafür müssen mittel- und langfristig die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Das erfordert Haltung und Mut, das Steuer-Ranking nicht zum Mass aller Dinge zu erheben. Tiefe Steuern sind am Ende nur einer von vielen Faktoren für eine hohe Standort-Attraktivität und bei Leibe nicht der wichtigste. Zudem stellt sich die Frage, was bewirken tiefere Steuern für die Allgemeinheit? Wer profitiert davon? Wem schaden sie? Wir Politikerinnen und Politiker haben die Verantwortung vorzuschauen und die Zukunft CO<sub>2</sub>-neutral und sozial zu gestalten. Wir Grünen lehnen eine Steuerfuss-Senkung dezidiert ab.

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach) spricht zum zweiten Mal:* Es fällt mir schwer, die Rot-grüne-Sorge um den Haushalt ernst zu nehmen, wollten Sie doch mit Ihren Anträgen das Budget um zirka 150 Millionen Franken verschlechtern. Wenn Sie so in Sorge sind wegen des Budgets, dann hätten Sie diese Anträge nicht gestellt. Ich nehme an, insgeheim gehen Sie davon aus, dass die Rechnung 2024 wieder viel besser ausfallen wird als jetzt budgetiert, haben Sie sich doch schon vor einem halben Jahr beim Geschäftsbericht bitter über unseren Finanzdirektor beklagt, weil die Rechnung 2022 so viel besser ausgefallen ist. Sie haben gesagt, alle Jahre wieder. Wir werden sehen. Stimmen Sie den 2 Prozent zu. Besten Dank.

*Beat Bloch (CSP, Zürich):* Wir haben gestern und heute ein paar interessante Aussagen gehört, auch von den bürgerlichen Politikern. Zuerst war Domenik Ledergerber, der gesagt hat, er sorgt sich um das Budget-Defizit; 300 Millionen Franken wörtlich hat er gesagt. Woher nehmen wir das viele Geld? Martin Huber hat von Zeiten angespannter Finanzpolitik gesprochen, und Rochus Burtscher hat uns erklärt, alle müssen den Gürtel enger schnallen. Und jetzt kommt die Steuersenkung für die Reichen. Irgendwie geht das schon nicht ganz auf. Wir wissen es, Sie machen eine Steuersenkung im Wissen darum, dass ein Defizit ausgewiesen ist. Sie wissen, dass der mittelfristige Ausgleich nicht mehr erreicht wird. Sie wissen, dass die Nationalbank in den nächsten Jahren keinen Gewinn mehr ausschütten wird. Und Sie wollen auch noch den zweiten Schritt der SV17 (*Steuervorlage 17*). Das alles zeigt: Die Parteien, die das wollen, die ordnen der Wirtschaft alles unter. Wir haben das mit unseren Anträgen nicht gemacht. Wir wollen diesen Kanton nicht der Wirtschaft unterordnen. Sie haben Ihre Aussagen dazu gemacht. Sie müssen auch damit leben.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Wenn ich generell gegen Bonzen gewettert hätte, dann wäre ich ungenau gewesen. Ich habe jedoch spezifische SVP- und FDP-Bonzen gesagt, da Sie hier genau den unsozialsten Antrag stellen. Wir haben hier im Rat durchaus Vermögende – ich glaube, das kann man so sagen –, deren Partei zumindest den Antrag nicht unterstützt. Sie haben vorhin versucht, mich einzuordnen. Ich glaube, Sie haben schon festgestellt, dass dies nicht ganz einfach ist. Sie von der rechten Ratsseite kennen vermutlich sogar die marxistische Politiktheorie besser als ich. Ich persönlich komme am ehesten aus einer Graswurzelbewegung heraus mit der Idee, dass die Zivilgemeinschaft gemeinsam die Herausforderungen leisten kann. Wenn Sie mich schon staatspolitisch einordnen wollen, aber es geht ja nicht um mich. Dann vielleicht am ehesten beim politischen Anarchismus. Aber auch hier würde ich bei jeder Theorieprüfung scheitern. Wegen dieser Überzeugung ist es ein falsches Zeichen, wenn genau diejenigen, die am meisten verdienen, versuchen, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen gegenüber der Zivilgemeinschaft. Dies unterstützen Sie nämlich genau mit solchen Steuersenkungen. Auch wenn das «Wäffeln» über die Bonzen genauso stamm-tischtauglich ist wie bei Ihnen das «Wäffeln» über die Steuern, und die Mehrheit wohl gar nicht merkt, worum es hier geht. Was hier passiert, ist es keine soziale Massnahme. Die meisten, die Ihnen zuklatschen, realisieren gar nicht, dass die Steuersenkung gar nicht bei ihnen landet. Und wenn Sie mir Neid vorwerfen, Neid ist es auch nicht. Ich persönlich finde sogar, obwohl ich gar nicht viel verdiene, dass mein Verdienst, verglichen mit anderen, sogar zu hoch ist. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Beat Habegger (FDP, Zürich):* Nur zwei, drei kleine Korrekturen zu Beat Bloch. Es ist natürlich keine Steuersenkung für die Reichen, sondern es ist eine Steuer-senkung für alle Zürcherinnen und Zürcher. Wir haben ein progressives Steuer-system, das bedeutet, dass die Reichen mehr bezahlen, weil sie eben stärker be-steuert werden, und die Ärmeren, die Leute, die weniger verdienen, werden ein bisschen weniger stark besteuert, weil wir diese Progression haben. Diese Steuer-senkung, die fällt natürlich über die ganze Progressionskurve hinweg an. Insofern werden alle Zürcherinnen und Zürcher durch diese Steuersenkung entlastet. Ein Wort zu Tobias Langenegger: Jetzt habe ich gedacht, jetzt freut er sich, jetzt bekommt er einmal von Avenir Suisse recht. Aber, wenn er dann einmal recht bekommt, ist es auch nicht recht. Die Kantone haben sich notorisch verrechnet in den letzten Jahren, wie es die NZZ auch im Titel, im Artikel benannt hat. Auch der Kanton Zürich hat in der Regel schlechter prognostiziert, als dann abgeschlos-sen wurde. Warum das im nächsten Jahr dann anders sein soll, das hast du uns aber leider nicht erklärt. Aber das macht er jetzt dann sicher gleich noch.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Eines vorweg: Wohin es führt, wenn der Steuerfuss nicht stimmt, sollte eigentlich mein Vorredner von der AL aus Winterthur auch wissen. Dann gehen die Firmen weg. Wir haben kürzlich zwei weltweit tätige Unternehmen verloren, aus rein steuertechnischen Gründen. Die Firma Zimmer

Biomed und die Firma Wärsilä Services Switzerland Ltd; die sind einfach gegangen, weil der Steuerfuss hinten und vorne nicht stimmt. Dort, wo nur Linksgrün regiert, geht es mit der Wirtschaft bachab. (*Heiterkeit*) Weiter sei angemerkt, dass unser Wohlstand, unsere hohen Lebensansprüche, unsere soziale Wohlfahrt ausschliesslich von der Leistungsfähigkeit und der Ertragskraft unserer Unternehmen und von der Wirtschaft abhängen. Gleichzeitig war und ist es immer noch so, dass es Bürgerinnen und Bürger braucht, die den Werkplatz Schweiz und seine weltweit einmaligen Sozialwerke mit ihrer Schaffenskraft tragen und vorwärtsbringen. Es entspricht nicht der Stärke unseres bewährten Systems, dass die, die stets ein Leben lang die volle Arbeitsleistung erbringen, immer mehr Steuern zahlen sollen, nur damit die, die zwar körperlich und geistig bester Gesundheit sind, in Wirklichkeit ein bisschen chillen, aber dann 100 Prozent von sämtlichen guten Staatsleistungen profitieren wollen. So funktioniert unser System nicht. Sie können nicht mit 40, 50 Prozent Arbeitsleistung 100 Prozent von sämtlichen Leistungen beziehen, wie die, die ihr Leben lang mit Völlast gearbeitet haben und dementsprechend auch Steuern zahlen. Nicht jeder, der viel Steuern zahlt, ist ein Bonze. Da haben wir nur schon die Diskrepanz, wenn ein Ehepaar die Heiratsstrafe zahlen muss. Also, ich bitte Sie, senken Sie die Steuern mindestens um 2 Prozent, nach mir könnten es auch 5 Prozent sein.

*Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau):* Herr Staatsdiener Isler, jetzt haben Sie mich herausgefordert. Durch die Brille des Unternehmers möchte ich ein paar Sachen klarstellen: Was Sie über das Unternehmertum sagen, das ist einfach Mumpitz. Seit 15 Jahren habe ich ein grosses Unternehmen. Ich weiss genau, was Standortvorteile sind und was nicht. Einfach die Steuern senken, nur weil Sie zwei Firmen gefunden haben, die vielleicht aus Steuergründen den Kanton Zürich verlassen, naja, das kommt vor. Schauen Sie aber einmal, wie viele juristische Personen dieser Kanton hat; wie viele Neugründungen in diesem Kanton erfolgt sind; was für einen Wohnungsmangel und Fachkräftemangel wir in diesem Kanton haben. Ist das, weil wir eine Steuerhölle sind? Nein, das ist, weil wir wirtschaftlich so einen attraktiven Kanton sind. Also, hören Sie auf mit dieser Leier, dass unser Standort nur wegen der Steuern kaputtgemacht wird.

*Martin Huber (FDP, Neftenbach), spricht zum zweiten Mal:* Wir schreiben das Jahr 1999. Damals zahlten wir noch 108 Prozent Steuern. Steuersenkungen und staatlicher Ausbau beissen sich nicht. Man kann wirklich nicht sagen, dass wir die staatlichen Leistungen in den letzten Jahren nicht ausgebaut haben. Trotz diesen Steuersenkungen hatten wir positive Rechnungsabschlüsse. Gehen Sie der linken Ratsseite nicht auf den Leim und stimmen Sie der Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent zu; 97 Prozent ist genug. Danke.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich), spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte mich kurz zu den Aussagen von der rechten Ratsseite äussern, wie wir die Finanzen im Griff haben. Eine wichtige Vorbemerkung muss ich machen: Ich war schon im Rat, als Lü16 (*Leistungsüberprüfung 16*) kam, und Lü16 war das letzte Sparpaket, das wir

hatten. Richtig ist, dass der mittelfristige Ausgleich eine sehr eigene Dynamik hat. Zu dem «Recht haben und dann trotzdem enttäuscht sein»: Bei Avenir Suisse ist es eben so, dass sie zu spät kommt. Sie kann durchaus nach fünf Jahren die Medienmitteilung der SP abschreiben. Trotzdem muss man die Fakten erneut anschauen.

Seit ich in der FIKO bin – der Finanzdirektor kann mich korrigieren –, war noch nie ein Zwischenbericht zur Rechnung negativer als das Budget. Das ist jetzt eingetreten. Sie haben keine Antwort darauf, ausser, dass Sie jetzt nochmals verschlechtern möchten. Das ist eine brutale Dynamik. Wenn 425 Millionen Franken wegfallen mit ihrem Steuerfuss – die, die mich angegriffen haben, FDP, SVP –, nochmals 280 Millionen Franken verschlechtert wird, dann reden wir von 800 Millionen bis 1000 Millionen Franken, also eine Milliarde Franken. Das ist doch unverantwortlich. Es ist nicht so, dass wir immer das Gleiche plappern, sondern wir schauen die Regierungsratsbeschlüsse an, entsprechend schauen wir auch den Zwischenbericht an. Das haben Sie offensichtlich nicht getan. Anscheinend haben Sie es nicht getan, weil die NZZ Ihnen geschrieben hat: Schauen Sie es doch bitte nicht an. Und die NZZ hat es der Avenir Suisse abgeschrieben, und die hat es offensichtlich der SP abgeschrieben, aber eben fünf Jahre zu spät. Danke.

*Patrick Walder (SVP, Dübendorf):* Ich muss auf das vorletzte Votum der SP kurz reagieren: Als Treuhänder darf ich meinem WAK-Kollegen mitteilen, dass es sehr wohl eine Frage ist, wo der Standort eröffnet wird oder wo man sich niederlässt, wo man Arbeitsplätze schafft, wie die Steuern in diesem Kanton, in dieser Gemeinde sind. Das ist ein Fakt, der in der täglichen Arbeit mit den Unternehmungen ganz klar herauskommt. Weiter muss hervorgestrichen werden, dass es bei Weitem halt nicht so ist, dass jedes Unternehmen Steuern zahlt. Deswegen müssen wir den Unternehmungen, die Steuern zahlen, wie auch selbstverständlich den natürlichen Personen, die Steuern zahlen, sehr viel Sorge tragen. Der Arbeitnehmermangel, den sie angesprochen haben, den wir hier in der Umgebung haben, von Dübendorf über Zürich über Winterthur, hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass der Staat selber viele Arbeitnehmende der Privatwirtschaft wegnimmt, was wir als Kantonsrat mitverschuldet haben.

*Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Eine kleine Replik auf René Isler. Er hat uns wieder einmal die Welt erklärt. Ich erkläre Sie ihm ausnahmsweise zurück. Natürlich ist es bedauerlich, wenn Firmen aus Winterthur wegziehen. Wir reden hier allerdings über den Steuerfuss der natürlichen Personen. Das mit der SV17 ist eine andere Vorlage; die war noch nicht im Rat. Es sei für Städte so schlimm, wenn sie linksgrün regiert werden, denen gehe es schlecht. Ich kann ihn mitteilen, die Welt besteht nicht nur aus Winterthur. Der Stadt Zürich geht es bestens. Dann noch zum Chillen und volle Staatsleistung beziehen: Ich habe es nicht ganz verstanden, was damit gemeint ist. Aber zur Erinnerung: Auch Menschen von linken Parteien zahlen Steuern. Vielleicht sollten Sie nicht zu sehr von sich auf andere schliessen. (*Heiterkeit*)

*Regierungsrat Ernst Stocker:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen für 2024 und 2025 einen Steuerfuss von 98 Prozent. Dies ist ein Prozentpunkt tiefer als in der vergangenen Periode. Der Regierungsrat möchte eine kontinuierliche Entlastung für Unternehmen und Privatpersonen. Mit der zweiten Etappe der Steuervorlage 17 erreichen wir das auch bei den Unternehmen und auch bei den natürlichen Personen. Etwas möchte ich gleich am Anfang festhalten: Die Zahlen, die Frau Kantonsrätin Stofer gar nicht gefreut haben – ich sage es jetzt etwas plakativ –, die habe ich nicht genannt, um irgendwie die Progression in diesem Kanton in Frage zu stellen. Aber manchmal muss man einige Bilder haben, wovon man redet. Woher kommt das Geld und wo fliesst es hin? Es war mir ein Anliegen zu zeigen, dass doch eine recht kleine Anzahl Steuerzahlende sehr viel zum Steuersubstrat beiträgt. Ich glaube, in fast keinem Kanton in der Schweiz ist die Steuerprogression so ausgeprägt wie im Kanton Zürich. Wer hier viel verdient, der muss auch viel bezahlen. Jetzt fragt man sich von links nach rechts, wo die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sitzen. Vielleicht mögen Sie sich erinnern: Das sich im Besitz des Parlamentes befindliche schöne Haus zum Rechberg, das wurde von einer Frau (*Anna Werdmüller-Oeri*) gebaut. Sie war um 1750 die beste Steuerzahlerin in der Stadt Zürich. Das kann man sich heute fast nicht mehr vorstellen, aber es war so. Ich glaube, wenn man sich jetzt streitet, auf welcher Seite die besseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sitzen, dann bin ich überzeugt, dass im Wählersubstrat der SP mindestens so gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sitzen wie im Wählersubstrat der SVP. Also, dieser Streit ist, wer am meisten entlastet wird, der ist einer um des Kaisers Bart. Davon bin ich überzeugt. Ich kann das jetzt statistisch nicht erhärten, aber ich behaupte hier einmal etwas. Sie können mich dafür später zur Kasse bitten, wenn Sie wollen.

Wir haben noch eine zusätzliche Entlastung nächstes Jahr, das ist der Ausgleich der kalten Progression. Das ist auch in diesen Zahlen enthalten: die 200 Millionen Franken, zu je 100 Millionen der Kanton und die Gemeinden. Der Kanton Zürich kann sich steuerlich keine grossen Sprünge erlauben. Deshalb schlagen wir Ihnen dieses Steuerfussprozent vor. Der Kanton Zürich wird nie ein Tiefsteuernkanton sein können, weil unsere Zentrallasten, unsere Grösse, unser Angebot und unsere politischen Mehrheiten das nie zulassen werden. Wer behauptet, wir seien völlig im freien Flug – so lese ich das heute in der NZZ, der Autor (*Zeno Geisseler, NZZ-Redaktor*) sitzt auch im Saal –, dann stelle ich fest, Zürcher Stabilität ist angesagt. Die wird auch nicht mit diesem Prozent ausgehebelt. Aber ich muss Ihnen sagen, die Strategie des Regierungsrates ist, das Steuersubstrat in diesem Kanton zu erhalten. Und wenn Sie glauben, mit höheren Steuerfüssen hätten Sie mehr Geld, dann stimmt das einfach nicht. Schauen Sie einmal die Gemeinden an mit höheren Steuerfüssen. Haben die mehr Geld? Die Stadt Zürich, ja, aber sie ist eine Ausnahme. Dann muss ich Ihnen noch sagen, schauen Sie sich das Ressourcenpotenzial an. Das ist die steuerliche Ausschöpfung von Vermögensteuer, Ertragsteuer und Gewinnsteuer, die verbessert sich nicht im Kanton Zürich. Die anderen Wirtschaftskantone in der Schweiz verbessern sich, das heisst, dass die steuerliche Ausschöpfung in den anderen Kantonen besser ist. Ich will und hoffe, Sie wollen auch nicht, dass unser Kanton hier nicht seine Leistung und sein Steuersubstrat

erbringen kann. Das möchte ich nicht an anderen Orten haben, in anderen Kantonen haben. Das möchte ich hier haben, für uns, für unsere Bevölkerung. Ich muss Ihnen sagen, ich rede oft mit guten Steuerzahlern und muss nochmals eine Zahl nennen – ich hoffe, Frau Stofer, Sie verzeihen mir –: Etwa 3 Prozent der Steuerzahlenden über 200'000 Franken steuerbarem Einkommen zahlen 40 Prozent des Steuersubstrates im Kanton Zürich. Solche Leute überlegen es sich, ob es bessere Optionen für sie gibt. Sie sagen jetzt, wegen 1 Prozents verändert sich nichts. Aber es gibt Signale des Staates an die Steuerpflichtigen, an die guten Steuerzahlern, die das Gefühl haben, dass ihre Sorgen ernst genommen werden. Das ist eigentlich mein Signal. Noch eine Bemerkung: Ich habe es gesagt, für eine würdige Finanzpolitik braucht es 1 Prozent. Und ein letzter Satz: Kantonsrat Scognamiglio hat es gesagt, und Sie können es mir glauben, die Strategie beruht darauf, dass ich Bauer und nicht Metzger bin und zu den besten Milchkühen «guet luegä wott.» Besten Danke. (*Heiterkeit*)

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Der Antrag der FIKO auf 98 Prozent, der Antrag Meyer auf 97 Prozent und der Antrag Langenegger auf 99 Steuerprozent sind als gleichwertige Anträge zu behandeln. Wir werden somit gemäss Paragraph 76 des Kantonsratsreglements im sogenannten Cupsystem abstimmen. Dafür werden wir die Türen schliessen und die Anwesenden ermitteln. Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit der stimmenden Mitglieder auf sich, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge eine Mehrheit erlangt. Die Türen sind nun zu schliessen und die Anwesenden drücken zur Ermittlung der Präsenz bitte Taste eins.

*Abstimmung im Cupsystem*

Anwesende Ratsmitglieder	173
Absolutes Mehr	87 Stimmen
Antrag FIKO	38 Stimmen
Minderheitsantrag Meyer	76 Stimmen
Minderheitsantrag Langenegger	58 Stimmen

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Keiner der Anträge hat das absolute Mehr erhalten. Ich stelle die beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, einander gegenüber.

Antrag FIKO	114 Stimmen
Minderheitsantrag Langenegger	58 Stimmen

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Der Minderheitsantrag von Tobias Langenegger scheidet aus. Ich stelle die beiden verbleibenden Anträge einander gegenüber.

Antrag FIKO	95 Stimmen
-------------	------------

Minderheitsantrag Meyer

76 Stimmen

**Der Antrag FIKO hat mit 95 Stimmen das absolute Mehr auf sich vereinigt.**  
Das Cupverfahren ist beendet.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Jetzt haben wir uns eine Pause verdient, bevor wir über den Antrag zum Budget 2024 insgesamt abstimmen. Wir fahren mit der Abendsitzung um 18:45 Uhr weiter. En guetä.